

Testatsexemplar

**Jahresabschluss zum
31. Dezember 2025
und Lagebericht für
das Geschäftsjahr 2025**

Versorgungskasse der Angestellten der
GEA Group Aktiengesellschaft VVaG
Düsseldorf

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

142081

INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk

1. Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr vom
1. Januar bis zum 31. Dezember 2025

Allgemeine Auftragsbedingungen

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Versorgungskasse der Angestellten der GEA Group Aktiengesellschaft VVaG, Düsseldorf

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Versorgungskasse der Angestellten der GEA Group Aktiengesellschaft VVaG, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Versorgungskasse der Angestellten der GEA Group Aktiengesellschaft VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Versorgungskasse zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Versorgungskasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Versorgungskasse vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Versorgungskasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Versorgungskasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Versorgungskasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Versorgungskasse bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Versorgungskasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch

dazu führen, dass die Versorgungskasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Versorgungskasse vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, den 2. April 2026

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Signed by:

Michael Neurath
Wirtschaftsprüfer

Signed by:

Ole Keppeler
Wirtschaftsprüfer



**VERSORGUNGSKASSE DER ANGESTELLTEN
DER GEA GROUP AKTIENGESELLSCHAFT
VVAG (VK GEA)**

DÜSSELDORF

GESCHÄFTSBERICHT 2025

Die Versorgungskasse auf einen Blick

Daten und Fakten

	2023	2024	2025
Mitgliedsunternehmen	107	107	112
Bestandsentwicklung	6.526	6.224	5.948
Rentner/innen	4.182	3.992	3.805
Anwärter/innen	545	461	389
Witwen/Witwer/Vers.Ausgleich/Waisen	1.799	1.771	1.754
Beitragseinnahmen (in T€)	61	43	34
Aufwendungen für Versicherungsfälle (in T€)	16.547	16.248	16.243
Kapitalanlagen (in T€)	295.579	287.809	280.602
Kapitalanlageergebnis (in Mio. €)	11,8	8,5	9,0
Nettoverzinsung (in %)	4,0	2,9	3,2
Bilanzsumme (in T€)	298.038	290.185	282.587
Wirtschaftliches Eigenkapital (in T€)	32.312	33.943	34.937
davon Verlustrücklage	17.250	17.250	17.250
Deckungsrückstellung (in T€)	264.863	255.011	246.220
Wirtschaftliche Eigenkapitalquote (in %)	10,8	11,7	12,4

Organe, Verantwortlicher Aktuar, Treuhänder

Aufsichtsrat

Bernd Becker (Vorsitzender)

Pensionär, ehemaliger Senior Vice President Corporate Treasury, GEA Group
Aktiengesellschaft
Schermbek

Petra Rehberg (stellv. Vorsitzende)

Pensionärin, ehemalige Leiterin Personalwesen, Air Liquide Global E&C Solutions Germany
GmbH
Oberursel

Andreas Eifert

Vice President Tax Compliance & Global VAT, GEA Group Aktiengesellschaft
Schermbek

Brigitte Müller

Ehemaliges Betriebsratsmitglied der Air Liquide Global E&C Solutions Germany GmbH
Frankfurt

Oliver Postoloski

Vice President Treasury, GEA Group Aktiengesellschaft
Düsseldorf

Wolfgang Schüttler

Head of Operational Controlling, VDM Metals Holding GmbH
Balve

Ralf Springob

Pensionär, ehemaliger Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der VDM Metals GmbH
Altena

Vorstand

Detlef Ernsting (Vorsitzender)

Diplom-Kaufmann
Metelen

Peter Denneberg

Diplom-Mathematiker
Heidelberg

Fabian Feldberg (ab 01.01.2026)

Master of Science
Düsseldorf

Verantwortlicher Aktuar

Peter Denneberg
Denneberg & Denneberg GbR
Heidelberg

Treuhänder

Doris Feid
Treuhänderin
Frankfurt

Manfred Sauer
Stellv. Treuhänder
Bensheim

Geschäftsbericht

Überblick

Der Vorstand der Versorgungskasse (VK GEA) legt hiermit

- den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025
- die Jahresbilanz zum 31.12.2025 und
- die Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01. – 31.12.2025

einschließlich Anhang vor.

Lagebericht

I. Die Versorgungskasse GEA

Die Versorgungskasse betreibt die Rentenversicherung für Angestellte der angeschlossenen Gesellschaften sowie für angeschlossene Personen. Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte gemäß § 177 Abs. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) sowie versicherungsfremde Geschäfte werden nicht getätigt.

Die Versorgungskasse ist eine Sozialeinrichtung des Konzerns der GEA Group Aktiengesellschaft, Düsseldorf und anderer Konzerne. Sie ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) im Sinne von § 210 VAG und verwaltet nur Altbestand im Sinne von § 336 VAG. Der Zweck der Kasse ist es, ihren Mitgliedern und deren Hinterbliebenen nach Maßgabe der Satzung Pensionen zu zahlen.

Zur ordentlichen Mitgliedschaft waren diejenigen Angestellten der angeschlossenen Gesellschaften verpflichtet, deren Eintrittsalter unter 50 Jahren lag. Seit dem 01.10.1988 ist die Kasse für den Neuzugang grundsätzlich geschlossen. In der Kasse bestehen aufgrund einer Verschmelzung seit dem 01.01.2012 zwei Abrechnungsverbände, der MG-Tarif und der VDM-Tarif.

Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) ist die VK GEA nicht Aktionären oder Eigentümern verpflichtet, sondern dient ausschließlich den Interessen seiner Mitgliedsunternehmen und Versicherten.

Als soziale Einrichtung ist die Versorgungskasse von der Körperschaftsteuer befreit, so dass alle Erträge ungeschmälert für die Altersversorgung verwendet werden können. Wir verwalten die Gelder unserer Versicherten ausschließlich in deren Interesse und zu deren größtmöglichem Nutzen.

Die VK GEA ist eine sogenannte regulierte Pensionskasse in der Rechtsform des VVaG nach § 233 VAG, die der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unterliegt. Regulierte Pensionskassen benötigen für ihren Geschäftsplan, d.h. für alle Tarife und Versicherungsbedingungen und ihre Satzung jeweils vor deren Inkrafttreten, die ausdrückliche Genehmigung der BaFin.

Aufgaben im Zusammenhang mit der Bestands- und Rentnerverwaltung, dem Mitgliederservice, der Finanzbuchhaltung sowie der Leistungsbearbeitung und – auszahlung sind an die Firma Entgelt und Rente AG, Langenfeld ausgelagert. Weitere wichtige Funktionen wie IT und Datenverarbeitung, Aktuariat und Revision sind ebenfalls an externe Dienstleister ausgelagert. Die dabei anfallenden Personal- und Sachkosten werden der Versorgungskasse in Rechnung gestellt. Die VK GEA fokussiert sich selbst auf die Steuerung der Kapitalanlagen als größtem Ertrags- und Risikotreiber sowie auf das Management der Dienstleister und deren Überwachung.

Die VK GEA hat den strategischen Zielrechnungszins von 0,25% mit dem Geschäftsjahresende 2022 erreicht. Ausgehend von dieser Basis strebt sie für die zukünftigen Geschäftsjahre kontinuierliche Rentenerhöhungen für die Mitglieder an, sofern die Risikotragfähigkeit der Versorgungskasse diese rechtfertigen. Als Orientierung für den Umfang der angestrebten Rentenerhöhungen dient das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von 2,0% p.a., die im Mittel von fünf Jahren durchgeführt werden sollen, um Kaufkraftverluste der Mitglieder zu begrenzen. Aufgrund der erfolgreichen Entwicklung wurde 2025 eine Erhöhung der Leistungen für alle Mitglieder um 4% ab 01.01.2026 beschlossen.

Entscheidungsgrundlagen für die Umsetzung der Geschäftsstrategie resultieren aus den versicherungstechnischen Gutachten des verantwortlichen Aktuars, aus regelmäßigen ALM-Studien und der daraus abgeleiteten Strategischen Asset Allokation sowie den Rahmenparametern der Kapitalanlagerichtlinie. Die Geschäftsstrategie ist dabei untrennbar mit der Risikostrategie verbunden, deren jederzeitige Einhaltung oberste Priorität hat.

Die Kapitalanlagesteuerung der Versorgungskasse zielt darauf ab, die im Versicherungsaufsichtsgesetz (§§ 124, 234h ff VAG) niedergelegten Anlagegrundsätze der Sicherheit, Qualität, Rentabilität und Liquidität dauerhaft zu erfüllen und hierbei auch ESG-Risiken zu berücksichtigen. ESG ist die englische Abkürzung für „Environmental, Social, Governance“, also Umwelt, Soziales und Unternehmensführung.

Die Struktur der Kapitalanlagen der VK GEA, insbesondere der Umfang der investierten Assetklassen, wie auch Mischung und Streuung, entspricht der aufsichtsrechtlich zwingend vorgegebenen Anlageverordnung (AnIV). Im gesetzlich definierten Rahmen verfolgt die Versorgungskasse eine langfristig und defensiv ausgerichtete Kapitalanlagestrategie, die systematisch, diszipliniert und tendenziell antizyklisch umgesetzt wird.

Als verbindliche Leitplanken für die Kapitalanlagesteuerung hat die VK GEA hierzu die folgenden festen Anlagegrundsätze definiert:

1. Langfristige Ausrichtung der Kapitalanlagen mit Total Return Charakter
2. Steuerung der Kapitalanlagen im Rahmen definierter Limite
3. Steuerung und Transparenz der Kapitalanlagerisiken
4. Handlungsfähigkeit in Extremszenarien
5. Liquiditätsplanung und -steuerung als Run-Off-Portfolio

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Marktsituation

Der Erwartungshaltung aus dem letztjährigen Geschäftsbericht der Versorgungskasse entsprechend war das Marktumfeld 2025 von nochmals zunehmenden geopolitischen Spannungen und Risiken geprägt.

Insbesondere das Auftreten der US-Administration zu Beginn des Jahres auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos und der Münchener Sicherheitskonferenz machte klar, dass die auf einheitlichen Grundwerten basierende Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und den USA zukünftig nicht mehr gewährleistet sein wird. Am deutlichsten wurde dies durch die am 2. April 2025, dem sogenannten „Liberation Day“, von US-Präsident Trump angekündigte Liste erheblich erhöhter Importzölle. Ziel war es, Handelspartner unter Druck zu setzen und zu für die USA vorteilhafteren Abkommen zu bewegen. Die Zölle wurden zwar nach Verhandlungen teilweise wieder reduziert, blieben aber deutlich höher als zuvor – mit erheblichen Auswirkungen auf globalen Handel und Kapitalmärkte.

Das Jahr 2025 war entsprechend davon geprägt, dass sich Europa und insbesondere Deutschland darüber bewusst werden mussten, sich zukünftig politisch, militärisch und wirtschaftlich unabhängiger von den USA zu machen. In diesem Kontext ist auch der fundamentale Wandel in der deutschen Fiskalpolitik zu erklären, den die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD im Nachgang an die Bundestagswahl angestoßen hat. Im März 2025 hat der Bundestag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit eine weitreichende Reform der Schuldenbremse beschlossen. Ziel ist es, den Staat finanziell handlungsfähiger zu machen angesichts großer Investitionsbedarfe in Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Kernpunkte der Reform sind die Einrichtung eines Sondervermögens von 500 Mrd. €, das für Infrastruktur- und Klimaschutzinvestitionen genutzt werden darf – vollständig außerhalb der Schuldenbremse und die Lockerung der Schuldenbremse im Verteidigungsbereich: Verteidigungsausgaben, die über 1% des BIP liegen, sind künftig von der Schuldenbremse ausgenommen.

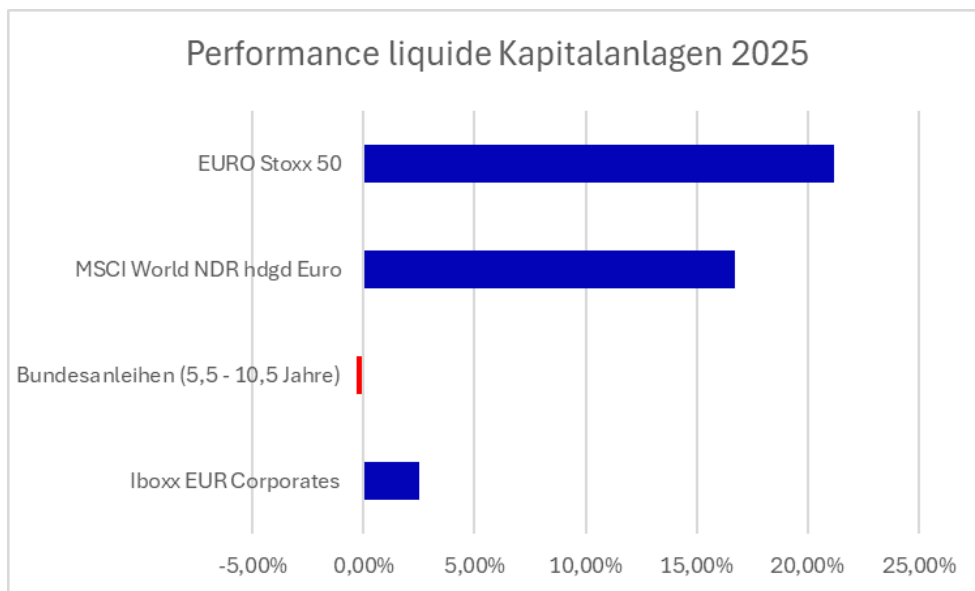
Nach einem Rückgang in den Jahren 2023 und 2024 erreichte die deutsche Wirtschaft in diesem Umfeld 2025 ein Miniwachstum von 0,2%. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ist damit anhaltend unterdurchschnittlich. Die OECD stellt fest, dass nicht konjunkturelle, sondern strukturelle Faktoren – insbesondere Fachkräftemangel, hohe Bürokratiebelastung, der demografische Wandel und schleppende Produktivitätsentwicklung – das Wachstum in Deutschland begrenzen und Reformen dringend notwendig sind. In der Eurozone betrug das reale Wachstum laut Projektionen der EZB 1,2%, in den USA sogar 2,0%. Ein wesentlicher Anteil des Wirtschaftswachstums entfällt dabei auf Investitionen in technische Infrastruktur rund um Anwendungen für „Künstliche Intelligenz“. Insbesondere Letzteres erklärt, warum der globale Aktienmarkt – trotz diverser signifikanter Unsicherheitsfaktoren – weiterhin überdurchschnittlich hohe Zugewinne verzeichnen konnte. Unter enormer Volatilität, vor allem als Folge der „Ausrufung eines Zollkrieges“ durch den US-Präsidenten im April, legte der MSCI World (Euro hedged) über 16% zu – der Euro Stoxx 50 sogar rund 21%.

Im Jahresverlauf 2025 setzte sich die moderate Abschwächung der Preisentwicklung in der Eurozone fort. Die Inflationsrate sank bis Dezember auf 1,9% und lag damit erstmals seit mehreren Monaten klar unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank. Bereits im November hatte sich die Teuerung mit 2,1% stabilisiert. Treibende Faktoren der Disinflation waren vor allem rückläufige Energiepreise, während der Dienstleistungssektor weiterhin erhöhte Preisimpulse lieferte. In den USA blieb die Inflation im gleichen Zeitraum zwar oberhalb

des Notenbankziels, zeigte jedoch eine weitgehend stabile Entwicklung. Die Jahresrate verharrte zum Jahresende bei 2,7%.

Parallel rückten die anhaltend hohen öffentlichen Schuldenstände in den großen Volkswirtschaften – insbesondere den USA und Frankreich – stärker in den Fokus der Finanzmärkte. Die Kombination aus strukturellen Haushaltsrisiken und verhaltenem Wachstum führte zu einer spürbaren Anpassung an den Anleihemärkten. Während kurzfristige Renditen im Euroraum sich tendenziell rückläufig bis stabil entwickelten, kam es 2025 zu einem deutlichen Anstieg mittlerer und langer Laufzeiten. Die Märkte für Unternehmensanleihen entwickelten sich dagegen stabil bis freundlich. Sowohl im Investment-Grade- als auch im High-Yield-Segment gingen die Risikoprämien im Jahresverlauf weiter zurück und erreichten teilweise neue Mehrjahrestiefs. Die starke Nachfrage institutioneller Anleger und solide Unternehmensfundamentaldaten unterstützten diese Entwicklung zusätzlich.

In Summe boten Unternehmensanleihen auch 2025 ein attraktives Risiko-Rendite-Profil, während langlaufende Anleihen selbst bei einwandfreier Bonität aufgrund gestiegener Langfristzinsen und hoher Emissionsvolumina kaum zur Wertschöpfung beitragen konnten.



Quelle: justetf.de

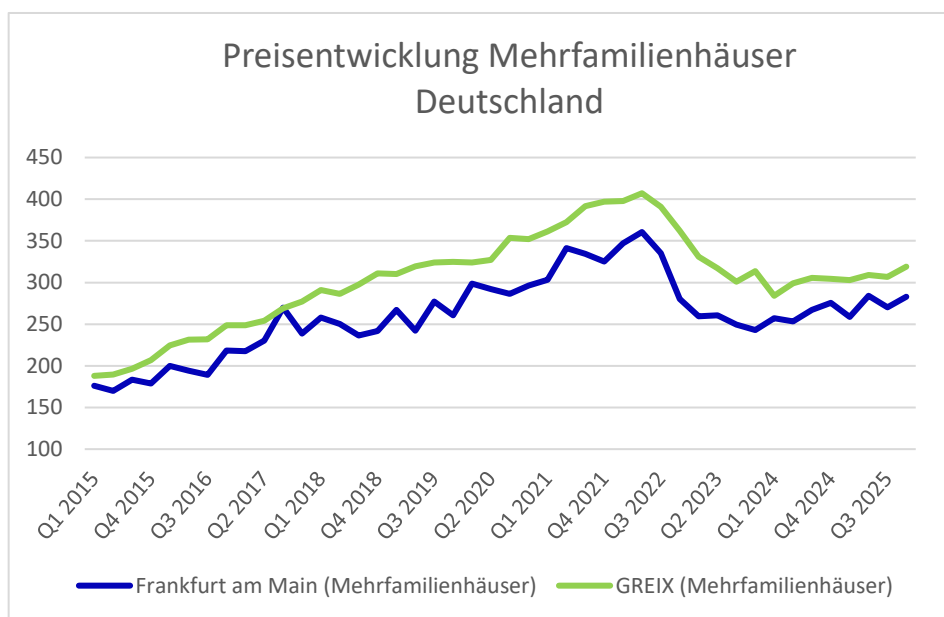
Wie bei den liquiden Kapitalanlagen ergibt sich auch mit Blick auf illiquide Assetklassen ein differenziertes Bild.

Der Markt für Private Infrastructure und Private Debt war 2025 grundsätzlich geprägt von hoher Investorennachfrage, strukturellen Wachstumsimpulsen und einer zunehmenden Bedeutung innerhalb institutioneller Portfolios. Infrastruktur profitierte von Transformations- und Energieprojekten, Private Debt vom globalen Kreditbedarf und dem Rückzug der Banken – beide Assetklassen etablierten sich weiter als zentrale Bausteine der Private Markets. Diese grundsätzlich positive Entwicklung wurde durch die spürbare Abschwächung des US-Dollar gegenüber dem Euro von mehr als 10% im Jahresverlauf deutlich getrübt. Durch die eingeschränkten Sicherungsmöglichkeiten von Wechselkursrisiken in illiquiden Anlagevehikeln folgten hieraus auch Wertminderungen in den Beteiligungsvehikeln unserer Versorgungskasse.

Der deutsche Immobilienmarkt zeigte 2025 erste Anzeichen einer allmählichen Stabilisierung, nachdem die Jahre 2023 und 2024 von erheblichen Preisrückgängen und einer ausgeprägten Marktberreinigung geprägt waren. Zwar liegen die Werte vieler Segmente weiterhin deutlich unter den Höchstständen früherer Jahre, doch deuten mehrere Indikatoren darauf hin, dass die Phase der stärksten Abwertungen weitgehend abgeschlossen ist. Das Marktumfeld bleibt jedoch anspruchsvoll. Infolge gestiegener Finanzierungskosten und strukturell höherer Baukosten bleibt der Druck auf Projektentwicklungen unverändert hoch. Insbesondere im gewerblichen Bereich zeigt sich eine erhöhte Risikoaversion: Der Anteil notleidender Kredite hat sich 2025 ausgeweitet, vor allem im Bürosegment, in dem strukturelle Veränderungen und höhere Leerstände die Ertragslage belasten.

Im Wohnsegment wirkt der strukturelle Nachfrageüberhang weiterhin preisstabilisierend. Der massive Rückgang neuer Bauprojekte, kombiniert mit anhaltend hoher Nettozuwanderung und niedrigen Leerständen, schafft Voraussetzungen für nominal steigende Mieten und punktuelle Wertaufholung – insbesondere in energieeffizienten Beständen.

Insgesamt befindet sich der deutsche Immobilienmarkt 2025 in einer Übergangsphase: Die stärkste Marktberreinigung liegt erwartungsgemäß hinter ihm, die Fundamentaldaten im Wohnbereich bleiben robust, und im gewerblichen Sektor beginnt sich das Verhältnis von Risiken und Chancen neu auszutarieren.



Quelle: www.greix.de

2. Geschäftsverlauf

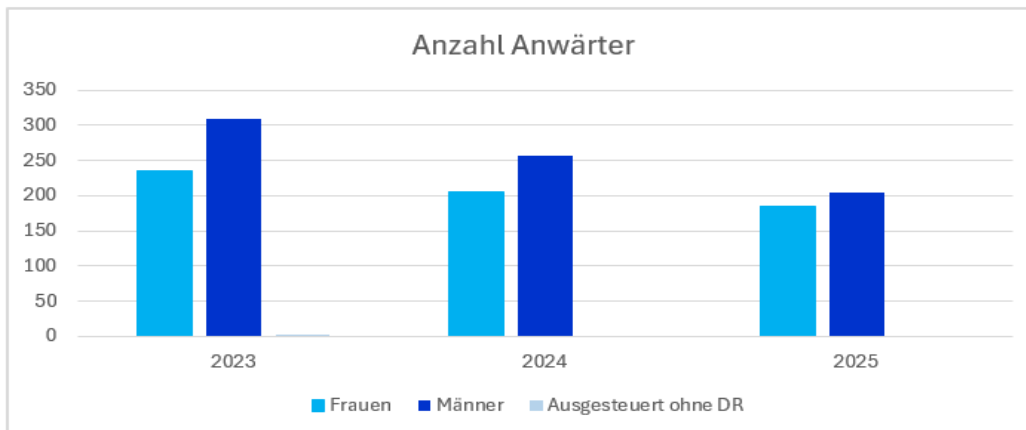
Die Versorgungskasse konnte das Geschäftsjahr 2025 erneut erfolgreich abschließen. Das Ergebnis des Berichtsjahres hat die Prognose übertroffen. Die positive Entwicklung wurde in erster Linie zur Erhöhung der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückstellung um saldiert 1,0 Mio. € auf 17,7 Mio. € genutzt. Die Verlustrücklage bleibt unverändert bei 17,25 Mio. € bestehen. Die Leistungen für die Mitglieder werden ab dem 01.01.2026 erneut um 4,0% erhöht.

3. Lage der Versorgungskasse

Bestandsentwicklung

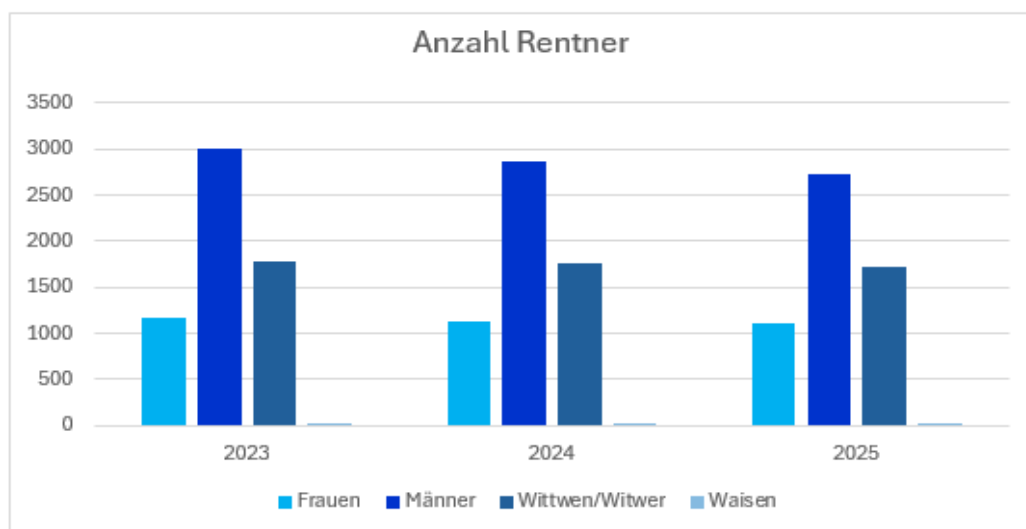
Der Bestand an Pensionsversicherungen hat sich im Jahresvergleich um 4,4% auf insgesamt 5.948 reduziert. Der Rückgang der Anwärter beträgt 15,6%, der Rentnerbestand verringert sich um knapp 3,5%. Durch Umfirmierung und Neustrukturierung stieg die Anzahl der Trägerunternehmen um fünf auf nun 112.

Anwärter auf Alters- und Invalidenrenten:



Anwärter	2023	2024	2025
Frauen	236	205	184
Männer	309	256	205
Ausgesteuert ohne DR	0	2	8
Summe	545	463	397

Rentenempfänger:



Rentner	2023	2024	2025
Frauen	1.174	1.131	1.081
Männer	3.008	2.861	2.724
Summe	4.182	3.992	3.805
Witwen/Witwer/VAusGI	1.789	1.763	1.751
Waisen	10	8	3
Summe	1.799	1.771	1.754
Summe Rentner	5.981	5.763	5.559

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sanken leicht im Geschäftsjahr von 16.248 T€ auf 16.243 T€. Der lediglich geringe Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert in erster Linie daraus, dass wir eine Überschussbeteiligung von 4,0% ab 01.01.2025 gewährt haben. Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist um 210 T€ gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Zum 31.12.2025 erfolgte eine aktuelle Berechnung der Deckungsrückstellung nach den modifizierten Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck. Der im Technischen Geschäftsplan festgelegte Rechnungszins beträgt weiterhin 0,25%. Der Verwaltungskostensatz beträgt ebenfalls unverändert 7,5%. Die Deckungsrückstellung reduzierte sich trotz einer 4,0%igen Überschussbeteiligung insgesamt um 8.792 T€ auf nunmehr 246.220 T€. Aufgrund des weiteren Rückgangs der Anwärter haben sich die Beitragseinnahmen um 9 T€ auf 34 T€ verringert.

Die Erträge aus Kapitalanlagen erhöhen sich um insgesamt 409 T€ auf 12.573 T€. Das positive Kapitalanlageergebnis betrug insgesamt 8.992 T€ (Vj: 8.544 T€). Die saldierten Bewertungsreserven der gesamten Kapitalanlagen haben sich auf 33.532 T€ reduziert (Vj.: 41.905 T€).

Zum 31.12.2025 ist die Solvabilitätskapitalanforderung mit 156,1% (Vj: 151,0%) durch anrechenbare Eigenmittel bedeckt.

Das Geschäftsjahresergebnis wurde insbesondere durch folgende Entwicklungen geprägt:

Liquide Kapitalanlagen (Anleihen und Aktien) entwickelten sich 2025 erneut positiv; insbesondere die Aktienmärkte legten, trotz zwischenzeitlich enormer Kursverluste als Folge des von den USA erklärten „Zollkrieges“, aufgrund der anhaltenden Euphorie rund um das Thema „Künstliche Intelligenz“ auf Jahressicht erneut zweistellig zu.

Die Versorgungskasse hat ihre Anleihen- und Aktieninvestments weitgehend im Spezialfonds DEAM-FONDS VVK2 gebündelt, der dazu bestimmt ist, dauerhaft dem Geschäftszweck zu dienen und daher wie Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wird. Der Fonds wurde im Jahresverlauf 2025 durch Einbringungen nochmals um 3,0 Mio. € aufgestockt.

Die VK GEA partizipierte deutlich an dem positiven Marktumfeld für Aktien und Zinsträger. Der Spezialfonds DEAM-FONDS VVK2 erzielte 2025, dem strategischen Rendite-Risiko-Profil entsprechend, eine Performance von 4,4%. Aufgrund der erfreulichen Entwicklung konnte der Masterfonds, trotz einer Ertragsausschüttung von 6,0 Mio. €, zum Jahresende 2025 erneut die Lasten auf 3,0 Mio. € reduzieren (2024 4,0 Mio. €). Diese Lasten sind voraussichtlich nicht von dauerhafter Natur. Bei einer überdurchschnittlich guten Bonitätsstruktur erwarten wir für die kommenden Jahre wie im Vorjahr konstante Zinsträgerrenditen von 4,2% p.a.

Liquiditätszuflüsse, die dauerhaft zur Verfügung stehen, wurden, aufgrund der im Jahresverlauf gestiegenen Neuanlagerenditen bei langen Laufzeiten, für einen nochmaligen Aufbau (1,5 Mio. €) von langfristigen Zinsträgern mit einwandfreier Bonität (Mindestrating: AA-/Aa3) im Direktbestand zur Replikation langfristiger Verpflichtungen investiert. Eine Ausnahme gilt für den Emittenten „Nederlandse Gasunie“, der über ein Rating von A2 verfügt. Da sich das Unternehmen zu 100% im Eigentum des niederländischen Staates befindet, beurteilt die Versorgungskasse die Bonität der Anleihe nichtsdestotrotz als einwandfrei.

Der Gesamtbestand an direkt gehaltenen Anleihen erhöhte sich im Jahresvergleich von 17,2 Mio. € auf 18,7 Mio. €. Der aus diesen Anlagen erzielte Ertragsstrom kann über die nächste Dekade mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit vereinnahmt werden und deckt damit bereits den Großteil der zukünftigen Rechnungszinsanforderung ab. Per Bilanzstichtag beträgt die durchschnittliche Anlagerendite der Anleihen über 3,7% p.a. (2024: 3,2%) bei einer Kapitalbindungsdauer von rund 10,6 Jahren.

Einen deutlich positiven Ergebnisbeitrag lieferten erneut unsere Beteiligungen an breit gestreuten Infrastruktur-Fonds. In diesen Dachfondskonstruktionen kommt es zunehmend zu Beteiligungsverkäufen und in der Folge zu Anteilsrückgaben an die Versorgungskasse. Insgesamt hielten sich Kapitalabrufe und Rückzahlungen 2025 die Waage. Im Zuge der Anteilsrückgaben wurden Erträge von rund 3,0 Mio. € (Nettoverzinsung: 8,0%) realisiert. Die Kurswertrendite dieser Anlagen fiel aufgrund adverser Wechselkursentwicklungen auf Jahressicht dagegen erstmals negativ aus. Gleichwohl verbleiben insgesamt mehr als 6,2 Mio. € substantielle Bewertungsreserven auf diese Anlagen.

Die Bewertungskorrekturen an den Immobilienmärkten setzten sich in deutlich abgeschwächter Form auch im vergangenen Geschäftsjahr fort. Dabei ist deutlich zwischen Wohn- und Büroimmobilien zu differenzieren. Aufgrund des Nachfrageüberhangs bei Wohnimmobilien waren diese insgesamt nur noch von geringfügigen Abwertungen betroffen. Bei Büroimmobilien sind dagegen weiterhin bis zu zweistellige Bewertungskorrekturen zu beobachten. Diese spiegeln sich in unserer Versorgungskasse allerdings ausschließlich in einer Minderung der Bewertungsreserven und damit nicht in der Erfolgsrechnung wider.

Durch die planmäßige Ertragsausschüttung von 2,0 Mio. € (2024: 3,85 Mio. €) aus der Immobilien Investment KG erzielten wir mit diesen Anlagen eine Nettoverzinsung von 5,3%. Unter Berücksichtigung der notwendigen Bewertungsanpassungen beträgt die Kurswertrendite im Geschäftsjahr -3,3%. In diesen Werten spiegelt sich ebenfalls unsere weiterhin konservative Bewertungspolitik wider, da wir, über die offiziellen Wertgutachten hinaus, insgesamt einen Wertabschlag von über 3,5 Mio. € berücksichtigen. Per Ende 2025 verfügt das Immobilien-Bündelungsvehikel bei einem Buchwert von 33,9 Mio. € nichtsdestotrotz weiterhin über signifikante Bewertungsreserven in Höhe von 30,6 Mio. €.

Zudem wurde innerhalb der Immobilien Investment KG eine weitere Portfoliofinanzierung umgesetzt und die zufließende Liquidität für eine weitere Kapitalherabsetzung über 7,5 Mio. € genutzt. Der resultierende Liquiditätszufluss diente in erster Linie zur Deckung der monatlichen Rentenzahlungen und war Basis für den weiterhin erfolgreichen Portfolioumbau.

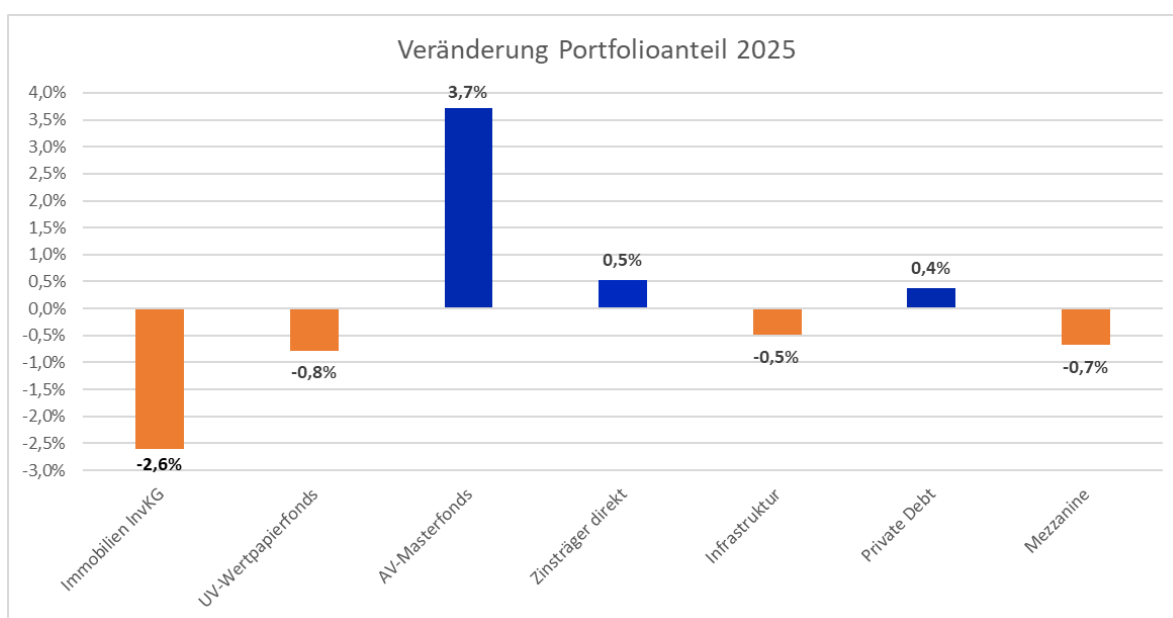
Einen anhaltend negativen Wertbeitrag lieferten die historischen Fondsinvestments in Immobilien-Projektentwicklungsfinanzierungen. Als Folge der Marktverwerfungen nach 2022 ist dieses Anlagesegment seit längerem vollständig illiquide. Die Versorgungskasse hatte die Risikokumulation dieser Anlagen frühzeitig erkannt und ihren Bestand zwischen 2021 und 2023 bereits ohne wesentliche Einflüsse auf die Geschäftsergebnisse deutlich reduzieren können. Im letzten Geschäftsjahr waren dagegen deutliche Abschreibungen über insgesamt 2,9 Mio. € zu verzeichnen.

Aufgrund regelmäßig überaus komplexer Vertragskonstellationen waren wertschonende Weiterentwicklungen seitens der Fondsmanager zuletzt kaum realisierbar. Gleichzeitig kommt es im Rahmen der jährlichen Gutachtenaktualisierungen in der Gesamttendenz fortlaufend zu weiterem Abwertungsbedarf. Daraus folgend haben wir in diesem Geschäftsjahr insgesamt einen weiteren Abschreibungsbedarf von knapp 1,0 Mio. € auf diese Fondsinvestments zu verzeichnen. Das verbliebene Buchwertvolumen in diesen Investments beträgt 5,0 Mio. €.

Darüber hinaus hat unsere Versorgungskasse in diesem Geschäftsjahr eine Abschreibung auf das Fondsinvestment „Aquila Balanced Real Return II“ in Höhe von 1,65 Mio. € zu verzeichnen. Dabei handelt es sich um einen Finanzierungsfonds mit den Schwerpunkten nachhaltiger Energieerzeugung (Wasser, Wind und Photovoltaik) sowie bezahlbares Wohnen und „grüne“ Logistik, in den wir 2023 insgesamt 4,0 Mio. € investiert hatten. Ursächlich hierfür ist unseres Erachtens, dass die durchgehend beworbene Investment-Grade-Qualität sowie die in Aussicht gestellte kurzfristige Liquidierbarkeit in der tatsächlichen Umsetzung der Anlagepolitik nicht gegeben waren.

Infolgedessen haben wir eine juristische Prüfung des Sachverhalts beauftragt, die unsere Sichtweise bestätigt und uns folglich empfohlen hat, Klage auf Schadensersatz aus Anlageberatungsvertrag einzureichen.

Die Versorgungskasse hat entsprechend entschieden, Klage beim Landgericht Hamburg einzureichen. Im Erfolgsfall erwarten wir die Rückabwicklung und folglich die Rückzahlung des Investments.



Dem strategischen Zielbild entsprechend haben wir unsere Immobilienquote 2025 weiter aktiv reduziert und unsere Portfoliostruktur, insbesondere zu Gunsten von Zinsträgern, nochmals diversifizierter ausgerichtet.

Trotz gesteigerter ordentlicher Ertragskraft erreicht das Kapitalanlageergebnis aufgrund des erhöhten außerplanmäßigen Abschreibungsbedarfs mit 9,0 Mio. € (Nettoverzinsung 3,2%) das Planergebnis zu Beginn des Jahres (3,6%) nicht vollständig.

Das positive Gesamtergebnis eröffnet uns nichtsdestotrotz die Möglichkeit zur nochmaligen Erhöhung der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückstellung um saldiert rund 1,0 Mio. € auf 17,7 Mio. €.

Aufgrund der insgesamt anhaltend positiven Entwicklung plant der Vorstand, der nächsten Mitgliederversammlung eine Beteiligung an den Bewertungsreserven ab 01.01.2027 vorzuschlagen.

Risiken der künftigen Entwicklung

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB berichten wir an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung. Hierzu zählen für die VK GEA in erster Linie die versicherungstechnischen Risiken, die Risiken im Kapitalanlagebereich, das Liquiditätsrisiko sowie die operativen Risiken, vor allem die IT-Risiken. Zudem sind auch ökologische, soziale, und die Unternehmensführung betreffende Risiken (allgemein bekannt als ESG-Risiken oder Nachhaltigkeitsrisiken) für die VK GEA von wesentlicher Bedeutung, da diese erheblichen Einfluss auf bereits genannte Risikoarten haben können.

Zu den versicherungstechnischen Risiken gehören im Wesentlichen das Änderungsrisiko bezüglich der biometrischen Rechnungsgrundlagen (Langlebigkeits- bzw. Invaliditätsrisiko) und das Garantiezinsrisiko. Im Rahmen dessen sind ökologische und soziale Aspekte respektive deren Einwirken auf die biometrischen Rechnungsgrundlagen oder den Garantiezins von Bedeutung.

Die versicherungstechnischen Risiken werden jährlich im Rahmen der versicherungstechnischen Überprüfung durch den Verantwortlichen Aktuar analysiert. Sich aus dieser Überprüfung ergebende Änderungen der biometrischen Rechnungsgrundlagen werden unter Beachtung der Anforderungen der BaFin durchgeführt. Aufgrund unserer konservativen Geschäftspolitik sehen wir uns gut gerüstet, um etwaigen Nachreservierungsbedarf, sofern erforderlich, jederzeit dotieren zu können.

Bei den Risiken im Kapitalanlagebereich handelt es sich allem voran um das Zinsänderungsrisiko, das Kurs- und Bonitätsrisiko, das Immobilien- und Infrastrukturrisiko sowie das Managerrisiko. Währungsrisiken sind für unsere Versorgungskasse unwesentlich. Aufgrund unserer Verpflichtungsstruktur werden solche Risiken systematisch vermieden respektive minimiert.

Grundsätzlich sind Finanzmarktrisiken, insbesondere durch (geo-)politische Entwicklungen, im Status Quo verglichen zum historischen Durchschnitt in der jüngeren Vergangenheit nochmals deutlich gestiegen.

Wachsende geopolitische Spannungen und militärische Konflikte haben sich im Geschäftsjahr 2025 als dauerhafte Parameter des globalen Marktumfelds verfestigt. Neben dem unvermindert andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine prägen weiterhin die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten die geopolitische Lage.

Zusätzlich bestimmen die konkreten Auswirkungen der „America-First-Politik“ der Trump-Administration das wirtschaftliche Geschehen. Die protektionistische Handelspolitik, insbesondere durch die Implementierung weitreichender Importzölle, hat globale Lieferketten unter Druck gesetzt und die Unsicherheit an den internationalen Märkten verschärft. In Verbindung mit einer Neuausrichtung der US-Sicherheitspolitik und einer zunehmend isolationistischen Außenpolitik rüttelt diese Entwicklung spürbar an der bisherigen westlichen Grundordnung und den gewohnten transatlantischen Kooperationen.

Parallel hierzu ist ein breitflächiger Trend zum gesellschaftlichen Vertrauensverlust in die Institutionen der westlichen Demokratien zu verzeichnen. In vielen Ländern sind populistische und rechte Strömungen fortlaufend im Aufwind, die das Potenzial zur Destabilisierung haben; so auch in Deutschland. Im Ergebnis sind hierdurch systematisch die Schwankungen an den Kapitalmärkten gestiegen.

Während sich die Inflation in der Eurozone im Geschäftsjahr 2025 dem 2,0%-Ziel der EZB angenähert hat, verbleiben Inflationsrisiken vor dem Hintergrund protektionistischer Impulse und geopolitischer Unsicherheiten weiterhin hoch.

Angesichts dieser volatilen Rahmenbedingungen erfolgt die Risikobegrenzung im ersten Schritt durch eine Umsetzung der im VAG vorgesehenen Grundsätze bei der Anlage von Kapital, insbesondere der Mischung und Streuung, unter gleichzeitiger Beachtung der Sicherheit, Rentabilität und Liquidität. Zudem erfolgt die Limitierung von Kapitalanlagerisiken auf Einzel- und Portfolioebene durch die Begrenzung von zulässigen Portfolioquoten sowohl absolut als auch relativ zum strategischen Zielgewicht.

Mit Stabilisierung des Zinsniveaus hat der Bewertungsdruck auf Immobilienanlagen im Jahr 2025 wie erwartet abgenommen. Für 2026 gehen wir davon aus, dass dieser Bodenbildungsprozess abgeschlossen ist und der Markt zunehmend in eine Phase der Seitwärtsbewegung übergeht. In diesem Umfeld sollten sich Chancen und Risiken bei Immobilieninvestments in der mittelfristigen Entwicklung die Waage halten. Zudem fokussieren wir uns im Immobilienbereich mit einem Anteil von über 70% weiterhin auf das Segment Wohnen und profitieren daher unmittelbar von einer anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnraum.

Durch die Bündelung unserer Immobilien-Direkt- und Fondsbestände in einer aufsichtsrechtlich regulierten Investment-Kommanditgesellschaft (InvKG) im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches sehen wir uns für die kommenden Herausforderungen robust aufgestellt, da wir die Transparenz und Steuerbarkeit unserer Immobilieninvestments maximiert und gleichzeitig idiosynkratische Risiken der Immobilienanlagen reduziert haben.

Das wesentlichste Kapitalanlagerisiko sehen wir auch für 2026 in der weiteren Entwicklung unserer verbliebenen Investments in Mezzanine-Projektfinanzierungsfonds (einschließlich Aquila Balanced Real Return). Bei diesen Anlagen können trotz bereits durchgeführter Abschreibungen von rund 41% weitere Abwertungen in der Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Ein aktiver Abbau ist aufgrund der vollständigen Illiquidität der Fondsvehikel auf absehbare Zeit nicht möglich. Aufgrund des relativ geringen verbliebenen Engagements (rund 7,4 Mio. €) wäre jedoch auch der Worst Case einer zukünftigen Totalabschreibung für unsere Versorgungskasse ein beherrschbares Risikoereignis.

Außerdem ist das Segment der Private-Debt-Beteiligungen zuletzt durch eine kritische mediale Berichterstattung hinsichtlich systemischer Bedenken aufgefallen. Diese bezog sich primär auf Produkte für Privatanleger, die mitunter erhebliche Klumpenrisiken aufweisen sowie kurzfristige Rückgabemöglichkeiten gewähren – eine Struktur, die in einem Marktumfeld mit steigenden Ausfallraten zu signifikanten Liquiditätsproblemen führen kann. Im Gegensatz dazu investiert die Versorgungskasse ausschließlich in Dachfonds mit breiter Diversifikation, die keine vorzeitigen Rückgabemöglichkeiten vorsehen. Zwar schränkt diese strukturelle Illiquidität eine aktive Risikosteuerung durch kurzfristige Verkäufe ein, doch erfolgt die Überwachung der Werthaltigkeit fortlaufend im Austausch mit den jeweiligen Investmentmanagern. Für die Bestandsanlagen der Versorgungskasse konnten bislang keine über das marktübliche Maß hinausgehenden Risiken identifiziert werden.

Insgesamt wird durch unseren kontinuierlichen Risikomanagementprozess gewährleistet, dass die Risikotragfähigkeit auch nach Extremereignissen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit gewährleistet bleibt.

Aufgrund der erfolgreichen Entwicklung in den letzten Jahren konnte der strategisch angestrebte Zielrechnungszins von 0,25% bereits per Ende 2022 erreicht werden.

Seitdem steht folglich die Partizipation der Mitglieder am Erfolg der Versorgungskasse in Form von regelmäßigen Überschussbeteiligungen unter Wahrung einer ausreichenden Risikotragfähigkeit im Vordergrund. Durch die Orientierung am Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) wird zukünftig eine durchschnittliche Rentenerhöhung von jährlich 2% angestrebt, um die Kaufkraft der Rentenzahlungen möglichst zu konservieren. Aufgrund der anhaltend erfolgreichen Entwicklung wurde von der Mitgliederversammlung im Juni 2025 eine Erhöhung der Leistungen um 4% ab 01.01.2026 beschlossen.

Da der Erfolg der Versorgungskasse GEA primär von den Kapitalanlageergebnissen abhängt und sich das Kapitalmarktumfeld durch den historischen Zinsanstieg 2022 für alle Assetklassen fundamental verändert hat, wurde in Q3/2023 eine erneute Asset-Liability-Management-Studie (ALM-Studie) mit externer Unterstützung durchgeführt. Ziel war die Ableitung einer aktualisierten Strategischen Asset Allokation (SAA) zur Sicherstellung der strategischen Zielerreichung. Die Analyse umfasste einen Projektionszeitraum von 30 Jahren mit einem Fokus auf die nächsten 10 Jahre.

Explizite Nebenbedingung der Analyse war eine weitere Erhöhung der Steuerungsfähigkeit durch eine strategische Umschichtung von illiquiden in liquide Kapitalanlagen. Die Analyseergebnisse wurden im Oktober 2023 mit dem Aufsichtsrat der Versorgungskasse diskutiert und auf Vorschlag des Vorstands eine neue SAA beschlossen.

Das Erreichen einer mittleren Nettoverzinsung von 0,25% (=Rechnungszins) kann mit der aktuellen SAA als grundsätzlich gesichert angesehen werden. Eine mittlere Ziel-Nettoverzinsung von 2,25% wird mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht oder gar übertroffen.

Im Rahmen der turnusmäßigen Aktualisierung planen wir, 2026 eine erneute ALM-Studie durchzuführen und auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse auch die Strategische Asset Allokation für unsere Versorgungskasse anzupassen.

Das Liquiditätsrisiko der Versorgungskasse besteht im Wesentlichen darin, Zahlungsverpflichtungen aufgrund potenziell mangelnder Fungibilität von gehaltenen Finanzinstrumenten nicht betrag- oder fristgerecht nachkommen zu können. Angesichts dessen, dass die Versorgungskasse bereits seit mehreren Dekaden für Neueintritte geschlossen ist, ergibt sich jährlich ein signifikanter Kapitalabfluss in Form von Rentenleistungen, dem lediglich unwesentliche Beitragseinzahlungen gegenüberstehen. Diesen jährlichen Nettokapitalabfluss gilt es für die VK GEA möglichst effizient sowie unter Berücksichtigung diverser Rahmenbedingungen zu bedienen. Das Risiko wird im Wesentlichen mithilfe einer rollierenden Liquiditätsplanung adressiert, welche mindestens im monatlichen Turnus aktualisiert wird.

Operative Risiken bestehen in erster Linie in der Abhängigkeit von der Informationstechnologie.

Für die Finanzbuchhaltung als auch für die Abrechnung der Pensionen wird eigene Software der Entgelt und Rente AG, Langenfeld, bzw. verschiedene Office-Programme der GEA Group Aktiengesellschaft, Düsseldorf, verwendet.

Die Verfügbarkeit und Funktionalität der Programme sowie die Datensicherheit werden durch das Sicherheitskonzept der GEA Group Aktiengesellschaft bzw. der Entgelt und Rente AG gewährleistet.

Seit 2025 ist die EU-Verordnung zu DORA (Digital Operational Resilience Act) in Kraft getreten. DORA zielt darauf ab, den europäischen Finanzmarkt gegenüber Cyberrisiken und Vorfällen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) zu stärken. Ziel der DORA-Verordnung ist die Schaffung eines Rechtsrahmens mit einheitlichen Anforderungen an die Sicherheit im Bereich IKT von Finanzdienstleistern. Mit der Verordnung soll sichergestellt werden, dass Unternehmen in der Lage sind, auf Störungen und Bedrohungen in Verbindung mit IKT angemessen reagieren zu können.

Die VK GEA fokussiert sich auf eine möglichst schlanke und effiziente Prozess- und Organisationsstruktur. Alle wesentlichen Supportfunktionen sind an Dienstleister übertragen. Im Zuge einer GAP-Analyse hat VK GEA überprüft, welche ihrer Dienstleister im Sinne der die DORA-Verordnung relevant sind. Sowohl die GEA Group Aktiengesellschaft (IT, Steuer & Personal) als auch Entgelt und Rente AG (Mitgliederverwaltung, Rechnungswesen, FiBu und Meldewesen) werden als relevante Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) Dienstleister gemäß DORA identifiziert. Das Informationsregister ist fristgerecht und erfolgreich bei der BaFin eingereicht worden.

In diesem Zusammenhang hat die VK GEA ihr Informationssicherheitsmanagementsystem weiterentwickelt und die ausgegliederte Rolle des Informationssicherheitsbeauftragten in die neue Rolle des DORA-Beauftragten integriert. Die Aufgaben sind in dem neuverfassten Dokument „Leitlinie Informationssicherheit und DORA“ zusammengefasst. Sie umfasst insbesondere die Themen

- Governance und Organisation
- IKT-Risikomanagement
- IKT-Incident Management
- Business Continuity und Krisenmanagement
- IKT-Drittparteienmanagement
- Bedrohungs- und Resilienztests
- Reporting und Kommunikation
- Kontinuierliche Weiterentwicklung

Die Versorgungskasse wird die weitere Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Regulierung verfolgen und auf ihre Auswirkungen untersuchen. Insgesamt ist seit längerem ein anhaltend wachsender Aufwand, insbesondere für Reportings, Auswertungen und Meldungen zu verzeichnen.

Darüber hinaus hat die Evaluierung potenzieller Nachhaltigkeits- oder ESG-Risiken insbesondere vor dem Hintergrund des beschleunigten Klimawandels substantiell an Bedeutung gewonnen. Da ESG-Risiken in der Regel in Kombination mit anderen Risikoarten auftreten, ist eine Abgrenzung beziehungsweise separate Quantifizierung unseres Erachtens kaum möglich oder sinnvoll. Aufgrund dessen sehen wir von einer isolierten Betrachtung in puncto quantitative Analyse und Beurteilung ab. Um potenzielle Risiken weitestgehend zu minimieren, hat die Versorgungskasse 2021 ein Ampelsystem zur fortlaufenden und systematischen Messung des Nachhaltigkeitsstatus des Gesamtportfolios entwickelt. Zielsetzung ist die kontinuierliche Verbesserung der Portfoliostruktur im Hinblick auf potenzielle Nachhaltigkeitsrisiken. In Anbetracht dessen spielen Nachhaltigkeitsfaktoren insbesondere bei Investitions- als auch Desinvestitionsentscheidungen eine gewichtige Rolle. Eine entsprechende Portfolioüberprüfung findet im regelmäßigen Turnus statt und wird dokumentiert und den Gremien hierüber Bericht erstattet.

Ausblick und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Beiträge werden 2026 weiter zurückgehen, da die Versorgungskasse für Neuzugänge geschlossen ist. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle werden aufgrund der Bestandsveränderungen (Renteneintritt bisheriger Anwärter) und der beschlossenen Überschussbeteiligung mit dem Bestand zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäß um rund 5,7% ansteigen. Das Verhältnis wird sich weiter von Anwärtern zu Rentnern verschieben.

Mit der Umsetzung der Rechnungszinssenkung im Jahr 2022 auf den strategischen Zielwert von 0,25% kann für die Zukunft mit einem kontinuierlichen Rückgang der Deckungsrückstellung, trotz regelmäßiger geplanter Überschussbeteiligungen, gerechnet werden, sofern keine biometrischen Anpassungen erforderlich sind.

Sowohl die Solvabilitätskapitalanforderung als auch die Bedeckung des Solls des gebundenen Vermögens durch entsprechende Kapitalanlagen werden aus heutiger Sicht auch mittel- und langfristig mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eingehalten.

Die Chancen der künftigen Entwicklung liegen, da die Versorgungskasse geschlossen ist, nicht in einem Beitragsanstieg, sondern ausschließlich in einer weiterhin positiven Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses.

Die im Jahr 2026 veröffentlichten Wirtschaftsprognosen variieren beim Wachstum von 0,6% bis 1,1% und zeichnen damit ein Bild einer moderaten, aber spürbaren Erholung der deutschen Wirtschaft, gleichwohl deutlich unter dem früheren Potenzial. Treiber der erwarteten Entwicklung sind primär staatliche Ausgabenprogramme für Infrastruktur und Verteidigung. Zudem wird eine leichte Stabilisierung der Exporte, trotz weiterhin bestehender Risiken durch US-Zölle und Konkurrenz aus China erwartet. Das Risiko des erneuten Verfehlens eines positiven Wirtschaftswachstums ist gleichwohl insbesondere als Folge des Kriegs im Iran und der unmittelbar gefolgt „Ölpreisexplosion“ signifikant. Je länger dieser Konflikt andauernd, desto größer sind die Risiken für global steigende Inflationsraten und Zinsniveaus sowie für rezessive Wirtschaftsentwicklungen.

Für das Geschäftsjahr 2026 halten wir erneut überdurchschnittlich volatile Marktentwicklungen für wahrscheinlich. Eine seriöse Prognose zur unterjährigen Entwicklung der Kapitalmärkte bleibt insbesondere aufgrund diverser geopolitischer Risiken, wie den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten, nicht möglich. Zusätzlich stellt die Präsidentschaft von Donald Trump fortlaufend einen nicht kalkulierbaren Unsicherheitsfaktor dar.

Für die VK GEA resultieren aus einem solchen Umfeld nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Ein konstant stabiles Inflationsumfeld rund um den EZB-Zielwert von 2% reduziert das Risiko für den Rückfall in ein extremes Niedrigzinsumfeld deutlich. Hiervon profitiert die Versorgungskasse, da eine Grundverzinsung der Kapitalanlagen signifikant oberhalb des Rechnungszinses mit hoher Wahrscheinlichkeit dauerhaft erreicht werden kann.

Mit Blick auf den Immobilienmarkt, welcher sich in den vergangenen Jahren im Abwärtstrend befand, erwarten wir, dass dieser vor dem Hintergrund einer Stabilisierung der Finanzierungskosten sowie der Inflation die Talsohle in etwa erreicht haben dürfte. Insbesondere für das Segment der Wohnimmobilien in Deutschland, das den Schwerpunkt im Immobilienportfolio unserer Versorgungskasse darstellt, erwarten wir eine kontinuierlich steigende Ertragskraft in den nächsten Jahren.

Zudem hat sich durch das deutlich gestiegene Zinsniveau der ökonomische Wert der Verpflichtungen der Passivseite überproportional reduziert. Unsere weiteren Neuanlagen können somit auch mittelfristig zu Renditeniveaus erworben werden, die klar oberhalb des Rechnungszins liegen. Hierdurch werden die Risiken aus zukünftigen Zinsänderungen nochmals reduziert. Mit unserem Anleiheportfolio erwarten wir daher für die kommenden Jahre robuste Renditen oberhalb von 3,0% jährlich.

An den Aktienmärkten hat sich das Rendite-Risiko-Profil kurzfristig vor dem Hintergrund der signifikant überdurchschnittlichen Performance der vergangenen drei Jahre (Performance MSCI World 2023 – 2025 > 60%) eingetrübt und grundsätzlich sehen wir das Rückschlagpotenzial, das durch exogene Schocks ausgelöst werden könnte, wie bereits 2025 rund um den „Liberation Day“ erlebt, als substantiell an. Für die VK GEA als konservativen Aktieninvestor mit dem Fokus auf Substanz und nachhaltige Ertragskraft eröffnet dieses Umfeld auch Chancen für eine antizyklische Steuerung der Aktienquote, die wir, wie in den letzten Jahren, nutzen wollen, um robuste Erträge zu generieren. Zudem erwarten wir ein anhaltend attraktives Rendite-Risiko-Profil für Infrastruktur-Investments, die nachhaltig von dem enormen globalen Investitionsbedarf zur Umsetzung der Energie- und Mobilitätswende profitieren sollten.

Immobilieninvestments, insbesondere im robusten deutschen Wohnimmobilienmarkt, werden für die Versorgungskasse als Langfristanleger mit Total-Return-Zielen auch zukünftig einen wesentlichen strategischen Portfolioanteil an den Kapitalanlagen ausmachen. Durch die Bündelung unserer Anlagen in einer Investment-KG haben sich unsere Möglichkeiten zur Generierung von Mehrwert in der Portfolio- und Ertragssteuerung strukturell erhöht.

Für den Fall einer unterstellten Seitwärtsbewegung an den globalen Kapitalmärkten im weiteren Jahresverlauf wird das zu erwartende ökonomische Kapitalanlageergebnis der Versorgungskasse mit hoher Wahrscheinlichkeit oberhalb der Rechnungszinsanforderung liegen.

Sollte es zu einem erneuten massiven Kurseinbruch kommen, sollte die Versorgungskasse aufgrund ihrer hohen Diversifikation über unterschiedliche Assetklassen und Anlagevehikel hiervon relativ unterdurchschnittlich tangiert werden.

Einem etwaigen Abwertungsbedarf stehen nach den Verhältnissen zum Abschlussstichtag saldiert stille Reserven in Höhe von 33,5 Mio. € (Reservequote 12,0%) gegenüber. Aufgrund dieser Substanzstärke sieht sich die Versorgungskasse für weitere Krisenereignisse gut gewappnet.

Das Kapitalanlageergebnis wird sich überwiegend auf die Ausschüttungen aus dem Wertpapierspezialfonds DEAM-FONDS VVK2, der Immobilien-Investment-KG und dem Bereich der Beteiligungsinvestments in Infrastruktur-Dachfonds stützen. Insgesamt planen wir ein Kapitalanlageergebnis von rund 10,8 Mio. € (Zielnettozins 2026: 3,8%). Hiermit stärken wir die Voraussetzung für weitere Rentenerhöhungen in den nächsten Jahren.

Eine erforderliche Nettoverzinsung von mindestens 0,25% wird nach Einschätzung der Versorgungskasse für die weiteren Jahre nach 2026 weiterhin erreicht werden. Darüberhinausgehende Kapitalanlageerträge können dann, sofern die bestehende Risikotragfähigkeit gewährleistet bleibt, für möglichst kontinuierliche Rentenerhöhungen verwendet werden.

Selbst für den Fall des Eintritts von außergewöhnlichen oder unvorhersehbaren Negativereignissen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2026 mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis.

Jahresabschluss zum 31.12.2025

Aktivseite	€	€	€	(Vorjahr €)
A. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
Anteile an verbundenen Unternehmen		32.000,00		32.000,00
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		261.902.189,93		270.213.722,36
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		18.667.440,30		17.198.971,44
3. Sonstige Ausleihungen Namensschuldverschreibungen				364.542,00
		280.569.630,23	280.601.630,23	287.809.235,80
B. Forderungen				
Sonstige Forderungen		70.277,43		165.672,60
davon Forderungen an verbundene Unternehmen				
			70.277,43	165.672,60
C. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		6.296,00		2.290,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		386.252,92		684.595,86
III. Andere Vermögensgegenstände		1.200.338,35		1.215.235,11
			1.592.887,27	1.902.120,97
321.827,02				
Abgegrenzte Zinsen und Mieten		321.827,02		307.651,14
			321.827,02	
Summe der Aktiva				
			282.586.621,95	290.184.680,51

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Frankfurt am Main, den 20.03.2026

Die Treuhänderin

D. Feid

D. Feid

Passivseite				
	€	€	€	(Vorjahr €)
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	17.250.000,00			17.250.000,00
II. Jahresüberschuss	0,00	17.250.000,00		0,00
			17.250.000,00	17.250.000,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung	246.219.641,00			255.011.193,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.154.283,00			944.688,00
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	17.687.109,87	265.061.033,87		16.692.550,03
			265.061.033,87	272.648.431,03
C. Andere Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen	190.176,40			165.200,00
			190.176,40	165.200,00
D. Andere Verbindlichkeiten				
Sonstige Verbindlichkeiten	85.411,68	85.411,68		
			85.411,68	121.049,48
Summe der Passiva			282.586.621,95	290.184.680,51

"Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 21.08.2024 von der BaFin genehmigten Technischen Geschäftsplan vom 12.06.2024 berechnet worden ist."

Heidelberg, den 20.03.2026

Der Verantwortliche Aktuar

P. Denneberg



GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2025

Posten		€	€	(Vorjahr €)
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
gebuchte Beiträge		34.336,66		43.469,62
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für				
Beitragsrückerstattung		9.499.688,00		9.626.719,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	12.098.403,99	12.098.403,99		11.037.819,59
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		474.814,95		1.125.924,59
		12.573.218,94		
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	16.033.692,26			16.016.284,69
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	209.595,00	16.243.287,26		231.228,00
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellung				
Deckungsrückstellung		-8.791.552,00		-9.671.848,00
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückgewähr		10.494.247,84		11.257.027,02
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
Verwaltungsaufwendungen		171.165,08		166.279,14
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapital anlagen	638.521,64			547.934,59
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	2.907.707,88			2.885.174,64
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	35.243,16	3.581.472,68		186.991,66
9. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		408.622,74		214.861,06
II. Nicht versicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	28.101,00			52.995,84
2. Sonstige Aufwendungen	436.723,74	-408.622,74		267.856,90
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		0,00		0,00
4. Sonstige Steuern		0,00		0,00
5. Jahresüberschuss		0,00		0,00
6. Einstellung in die Verlustrücklage		0,00		0,00
7. Bilanzverlust/Bilanzgewinn		0,00		0,00

Anhang

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 wurden entsprechend der am Bilanzstichtag geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung aufgestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr wurden unverändert angewendet.

Die Versorgungskasse betreibt weder das aktive noch das passive Rückversicherungsgeschäft.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2024 wurde in der Mitgliederversammlung am 26.06.2025 festgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen und der Bewertungsreserven ist in den Anlagen 2 und 3 dargestellt.

Die „Anteile an verbundenen Unternehmen“ betreffen jeweils 100,0 % des Kapitals an folgenden Gesellschaften:

	Eigenkapital	Ergebnis 2025
	T€	T€
VK-MG Verwaltungs-GmbH, Düsseldorf	32	1,5

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- einschließlich Anschaffungsnebenkosten. Die Bestimmung der Zeitwerte für die Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte für die VK-MG Verwaltungs-GmbH anhand des Substanzwertes.

Die im Posten „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Vermögen sind grundsätzlich den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften mit den Anschaffungskosten, wenn erforderlich vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 4 HGB, nach dem strengen Niederstwertprinzip ausgewiesen. Sofern die Gründe für in Vorjahren vorgenommene Abschreibungen nicht mehr bestanden, wurden Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Die nach § 341b Abs. 2 HGB wie Anlagevermögen bewerteten Investmentanteile des Spezialfonds DEAM-FONDS VVK2 wurden gemäß § 253 Abs. 3 HGB grundsätzlich zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bilanziert. Bei der Ermittlung der beizulegenden Werte für Anlagen im Fonds werden Anleihen mit einem Investmentgrade-Rating der etablierten Rating-Agenturen (Moody´s, S&P, Fitch) grundsätzlich

zum Nennwert angesetzt. Negative unterjährige Veränderungen der Bonität, die eine Rückzahlung unsicher machen könnten, waren nicht zu beobachten. Anleihen ohne Investmentgrade-Rating, Derivate und sonstige Vermögensgegenstände werden durchgehend zum Zeitwert angesetzt. Bei der Herleitung der beizulegenden Werte für Aktien verwenden wir ein Ertragswertverfahren auf Basis von öffentlich zugänglichen Analysten-Konsensschätzungen. Begrenzt wird der beizulegende Wert aller Aktieninvestments, unabhängig vom berechneten Wert, zudem bei 120% der Marktwerte. Insgesamt überstieg der beizulegende Wert des Masterfonds den Marktwert am Bilanzstichtag um 3,0 Mio. € (Buchwert: 167,3 Mio. €; Zeitwert: 164,3 Mio. €; beizulegender Wert: 167,3 Mio. €; stille Lasten: 3,0 Mio. €). Da die Wertminderungen voraussichtlich nicht von Dauer sind, wurde auf eine Abschreibung verzichtet.

Der Posten enthält Investmentanteile von zwei Wertpapierfonds, sechs Infrastruktur- sowie acht Darlehensinvestmentvermögen. Als Zeitwert für die Aktien oder Anteile an Investmentvermögen wurden grundsätzlich die Rücknahmepreise bzw. Net Asset Values zum Stichtag zugrunde gelegt. Für die Immobilien Investment-KG wurde ein zusätzlicher Wertabschlag von über 3,5 Mio. € zur Berücksichtigung der Bewertungsunsicherheit bei Gewerbeimmobilien angewendet.

Anteile an Investmentvermögen von mehr als dem zehnten Teil betreffen:

Anlageziel	Buchwert T€	Bewertungs- Reserven T€	Ausschüttung T€
Gemischter Wertpapier- spezialfonds			
DEAM-FONDS VVK2	167.346	-3.000	6.000
Geschlossene Investment- Kommanditgesellschaft			
VK GEA Immobiliengesellschaft mbH & Co. Geschl. Investment- KG	33.878	30.541	2.000

Die Rückgabe ist täglich möglich, soweit nicht außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen des Anlegers erforderlich erscheinen lassen. Bei der Investment-KG setzt dies jedoch ausreichende Liquidität im Fondsvermögen voraus.

Bei den „Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere. Diese dienen der Replikation von langfristigen Verpflichtungen. Daher werden hierfür ausschließlich Papiere mit höchster Bonität oder sichere Anlagen erworben, bei denen das Ausfallrisiko so gut wie vernachlässigbar ist (Mindestrating Aa3; AA- gemäß Moody´s, S&P oder Fitch). Der gesamte Buchwert dieser Investments beträgt zum Bilanzstichtag 18,7 Mio. €. Zum Jahresende bestehen saldierte Bewertungslasten in Höhe von 533 T€. Diese ergeben sich aus stillen Reserven in Höhe von 58 T€ und stillen Lasten in Höhe von 591 T€. Die Wertminderungen sind erwartungsgemäß nicht dauerhaft. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB und unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB, soweit hierdurch die fortgeführten Anschaffungskosten nicht überschritten werden. Durch die Ausübung des Wahlrechts wurden zum Bilanzstichtag Abschreibungen in Höhe der stillen

Lasten von 591 T€ vermieden. Die Zeitwerte wurden von der Firma Faros Consulting GmbH mit Hilfe des Bewertungstools Bloomberg Fair Value ermittelt. Hier werden die Börsenkurse zum Bilanzstichtag zu Grunde gelegt.

Bei den „Sonstigen Ausleihungen“ wurde eine einfach strukturierte Namensschuldverschreibung zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Rückzahlungsbetrag bilanziert. Die Namensschuldverschreibung bestand gegen eine Verbriefungsgesellschaft. Das Investment ist im Geschäftsjahr abgegangen.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen, die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und die anderen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nominalwert angesetzt.

Unter „Sonstige Forderungen“ sind u.a. ausgewiesen:

	2025 T€	2024 T€
Forderungen aus dem Grundstücksbereich	6	38
Forderungen Investmentanteile	17	66
Forderungen aus Rentenabrechnung	47	61

Bei den Forderungen aus dem Grundstücksbereich handelt es sich um eine Restmietforderung.

Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten betreffen ein laufendes Konto zur Abwicklung des täglichen Geschäftsverkehrs (T€ 386).

Bei den „Anderen Vermögensgegenständen“ handelt es sich um die im Dezember 2025 gezahlten Renten für Januar 2026 (T€ 1.200).

Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten betrifft abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 322 T€ (Vj: 308 T€).

Eigenkapital

Die „Gewinnrücklagen“, das heißt die Verlustrücklage nach § 193 VAG, bleibt wie im Vorjahr unverändert bei 17.250 T€.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die „Deckungsrückstellung“ wurde zum 31.12.2025 nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung der zukünftigen Verwaltungskosten geschäftsplanmäßig und einzelvertraglich versicherungsmathematisch berechnet. Die Deckungsrückstellung basiert auf einem Rechnungszinsfuß von 0,25% und den modifizierten Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck. Bei der Berechnung wurde wie im Vorjahr ein Verwaltungskostensatz von 7,5% zu Grunde gelegt.

Die „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ wurde von dem Verantwortlichen Aktuar aufgrund von Erfahrungswerten geschätzt bzw. berechnet.

Aus der „Rückstellung für Beitragsrückerstattung“ sind 9.500 T€ für die Überschussbeteiligung entnommen worden. Durch die Zuführung des gesamten Rohüberschusses von 10.494 T€ erhöht sich die RfB auf 17.687 T€ (Vj: 16.693 T€). Sie ist ausschließlich erfolgsabhängig und derzeit vollständig ungebunden.

Rückstellungsgrund	Anfangsbestand T€	Verbrauch T€	Auflösung T€	Zuführung T€	Endbestand T€
Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	16.693	9.500	0	10.494	17.687

Andere Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Unter „Sonstige Rückstellungen“ sind ausgewiesen:

	2025 T€	2024 T€
Kosten des verantwortlichen Aktuars	61	62
Kosten des Jahresabschlusses	36	30
Gehaltszahlungen	60	62
Aufwendungen Gremienveranstaltungen	13	11
Sonstige Rückstellungen	20	0

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die „Sonstige Verbindlichkeiten“ betreffen:

	2025 T€	2024 T€
Verbindlichkeiten aus dem Grundstücksbereich	0	4
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	6	6
Sonstige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	79	111

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt und alle unter einem Jahr fällig.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

Die „Verdienten Beiträge“ beinhalten ausschließlich laufende Beiträge aus Einzelversicherungen für Pensionsversicherungen und betragen in 2025 34 T€ (Vj.: 43 T€)
Bei den Beiträgen aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 9.500 T€ (Vj.: 9.627 T€) handelt es sich um die Überschussbeteiligung zum 01.01.2026.

Die „Erträge aus Kapitalanlagen“ verteilen sich wie folgt:

	2025	2024
	T€	T€
Laufende Erträge aus		
Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	11.621	10.582
Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	477	436
Namensschuldverschreibungen	1	2
Periodenfremde Erträge	0	18
Erträge aus Zuschreibungen		
Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen		
Aktien, Anteilen an Investmentvermögen	413	981
Inhaberschuldverschreibungen und andere Festverzinsliche Wertpapiere	62	145
	12.574	12.163

Die „Aufwendungen für Versicherungsfälle“ beinhalten:

	2025	2024
	T€	T€
Zahlungen für		
Alters- und Invalidenrenten	12.382	12.470
Witwen- und Witwerrenten	3.352	3.254
Waisenrenten	1	1
Interne Regulierungsaufwendungen	298	291
	16.033	16.016

Bei der „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ wurden im Jahr 2025 wie auch 2024 die noch nicht gezahlten Renten der beitragsfreien Anwärter über der Altersgrenze 65 berücksichtigt. Zusätzlich sind die Renten, die durch einen Zahlungsstopp

(keine Rückmeldung durch die Leistungsbezieher) nicht mehr ausgezahlt werden, wieder berücksichtigt. Dadurch erhöht sich die „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ um 210 T€.

	2025	2024
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	T€	T€
Inanspruchnahme	0	0
Zuführung	210	231
Veränderung zum Vorjahr	210	231

Die „Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung“ betragen 10.494 T€ (Vj.: 11.257 T€).

Die „Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb“ haben sich um 5 T€ auf 171 T€ erhöht.

Die „Aufwendungen für Kapitalanlagen“ betreffen:

	2025	2024
	T€	T€
Grundstücksaufwendungen	0	4
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	54	0
Abschreibungen auf Kapitalanlagen		
Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.908	2.885
Kosten des Treuhänders, Depotgebühren und sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kapitalanlagen	585	543
Verluste aus dem Abgang von Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	35	187
	3.582	3.620

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

Die „Sonstigen Erträge“ betreffen:

	2025	2024
	T€	T€
Sonstige Erträge unregelmäßig	1	0
Erträge Auflösung von sonstigen Rückstellungen	1	13
Zinsen und ähnliche Erträge	26	40

Die "Sonstigen Aufwendungen" betreffen u.a.:

	2025 T€	2024 T€
Jahresabschluss	71	57
Rechtsberatung	92	0
Honorare	60	30
Verwaltungskosten	164	166
Interne Revision	30	20

Das Honorar für den Abschlussprüfer gemäß § 285 Nr. 17 HGB betrifft mit T€ 71 die Abschlussprüfung 2025.

Sonstige Angaben

Die Versorgungskasse der Angestellten der GEA Group Aktiengesellschaft VVaG hat ihren Sitz in Düsseldorf.

Vorgänge von besonderer Bedeutung (§ 285 Nr. 33 HGB), die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind uns nicht bekannt.

Von der GEA Group Aktiengesellschaft (Trägerunternehmen) werden der Versorgungskasse Dienstleistungen und die Nutzung von Vermögensgegenständen für eine pauschale Vergütung in Höhe von insgesamt T€ 30 p.a. überlassen (§ 286 Nr. 21 HGB).

Die Versorgungskasse beschäftigt im Jahresdurchschnitt einen eigenen Mitarbeiter.

Aufwendungen für den Vorstand gemäß § 285 Nr. 9a HGB sind in Höhe von T€ 434 entstanden. Weitere Details hinsichtlich der Personalaufwendungen der Versorgungskasse können Anlage 4 entnommen werden.

Für die Aufsichtsratsmitglieder sind im Jahr 2025 Aufwendungen in Höhe von T€ 35 entstanden.

Nach Art. 7 Taxonomie VO erklären wir in Hinblick auf die Tarife der Versorgungskasse („Finanzprodukt“): Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Form ausstehender Einzahlungsverpflichtungen in folgender Höhe von 12.898 T€:

in T€	2025	2024
Ardian Private Credit Fund VI	4.500	4.500
Berenberg Corporate Direct Lending Debt Fund IX	0	2.400
Golding Private Infratraktur 2013 SICAV-FIS*	500	500
Golding Private Debt 2014 SICA-FIS*	800	800
Golding Infrastructure 2016 SICA_FIS*	200	200
Golding Infrastructure 2018 SCS SICAV_FIAR	1.500	2.400
Golding Private Debt 2020 Feeder FCP-FIAR	330	580
HSBC Private Capital Pool SICAV-SIF Teilfonds X Infrastructure*	999	999
HSBC Private Capital Pool SICAV-SIF Teilfonds XIII Direct Lending*	1.435	1.435
HSBC Private Capital Pool SICAV-SIF Teilfonds XIX Infrastructure*	500	500
Solutio Premium Private Debt Fund III	1.284	4.000
Yielco Infrastruktur II	850	850
Summe:	12.898	19.164

Die ausstehenden Einzahlungsverpflichtungen haben sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund wesentlicher Commitments im Bereich Private Debt um rund 6,3 Mio. € verringert. Die Entwicklung korrespondiert mit der SAA-konformen Reallokation aus Immobilien in Richtung Private Debt.

Bei den mit * gekennzeichneten Produkten ist nicht mit weiteren (relevanten) Abrufen zu rechnen, da diese sich in der Rückzahlungsphase befinden.

Weitere aus der Jahresbilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen nicht.

Düsseldorf, den 02.04.2026



Detlef Ernsting



Peter Denneberg



Fabian Feldberg

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2025

Anlage 1

	Anwärter				Invaliden- und Altersrenten				Hinterbliebenenrenten					
	Männer		Frauen		Männer		Frauen		Summe der Jahresrenten		Witwen		Waisen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR	Anzahl	Anzahl	EUR	EUR	EUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	256	205	2.862	1.153	1.655	85	8	3.160.766	145.512	2.662				
II. Zugang während des Geschäftsjahres														
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	2	1	46	21	220.740	100	8	193.522	15.047	0				
2. Sonstiger Zugang					962.020			213.682	10.930					
3. Gesamter Zugang	2	1	46	21	1.182.760	100	8	407.204	25.977	0				
III. Abgang während des Geschäftsjahres														
1. Tod	2	2	182	67	780.020	115	8	226.486	15.908					
2. Beginn der Altersrente	44	19	0	1										
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)														
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen														
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	1						5				1.719
7. Sonstiger Abgang														
8. Gesamter Abgang	46	21	182	69	780.020	115	8	226.486	15.908	1.719				
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	212	185	2.726	1.105	12.675.533	1.640	85	3.341.484	155.581	943				
davon														
1. beitragsfreie Anwartschaften	121	118												
2. in Rückdeckung gegeben														

Entwicklung der Aktivposten A I bis A III im Geschäftsjahr 2025

Anlage 2

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	32.000	0	0	0	0	0	32.000
Summe A I.	32.000	0	0	0	0	0	32.000
A II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	270.213.723	13.367.564	0	18.873.207	0	2.805.890	261.902.190
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.198.971	6.992.245	0	5.523.776	0	0	18.667.440
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	364.542	0	0	262.724	0	101.818	0
b) Schuldscheinförderungen und Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
Summe A II.	287.777.236	20.359.809	0	24.659.707	0	2.907.708	280.569.630
Summe	287.809.236	20.359.809	0	24.659.707	0	2.907.708	280.601.630

Zeitwerte und Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

Anlage 3

	31.12.2025				31.12.2024					
	Buchwerte EUR	Zeitwerte EUR	Stille Reserven EUR	Stille Lasten EUR	Bewer- tungs- reserven EUR	Buchwerte EUR	Zeitwerte EUR	Stille Reserven EUR	Stille Lasten EUR	Bewer- tungs- reserven EUR
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	32.000	49.925	17.925	0	17.925	32.000	48.458	16.458	0	16.458
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	261.902.190	295.949.233	37.046.804	2.999.761	34.047.043	270.213.722	312.007.634	45.792.951	3.999.038	41.793.912
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18.667.440	18.134.851	57.946	590.536	-532.590	17.198.971	17.293.444	336.521	242.049	94.473
Namensschuldverschreibungen	0	0	0	0	0	364.542	364.542	0	0	0
	280.601.630	314.134.008	37.122.675	3.590.297	33.532.378	287.809.235	329.714.078	46.145.930	4.241.087	41.904.843

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

Anlage 4

	Vorjahr 2024 TEUR	Geschäftsjahr 2025 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	0	0
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	405	434
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	89	95
5. Aufwendungen für Altersversorgung	10	11
6. Aufwendungen insgesamt	504	540